



**Änderungsantrag zum Entwurf des Wahlprogramms:
Eine Rente, die zum Leben reicht – für Alle**

Stand: 03.05.2017

Antrag zum Bundesparteitag am 25. Juni 2017

Der SPD-Stadtverband Wetter (Ruhr) beantragt, eine Lebensstandard sichernde Rente für alle Einkommensbezieher im Programm für die Bundestagswahl am 24. September 2017 zu verankern. Dazu sollen im Wahlprogramm im Anschluss an Zeile 1012 folgende Forderungen verankert werden:

Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente ist die zentrale Säule unserer Altersvorsorge und somit einer der wichtigsten Eckpfeiler unseres gesamten Sozialstaats. Daher muss die gesetzliche Rente so ausgestaltet sein, dass sie im Regelfall allein zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ausreicht. Dies bedeutet etwa, dass das Rentenniveau nicht weiter absinken darf und perspektivisch wieder auf 50 % angehoben werden muss.

Weitere Altersvorsorge-Formen wie private oder halb-private (oft auch betrieblich genannte) Rentenversicherungen sollten ausschließlich eine Ergänzung der Altersbezüge in jedem individuellen Fall darstellen. Insbesondere sind sie nicht geeignet, Altersarmut zu verhindern, gerade bei Geringverdienern und Menschen mit gebrochenen und/oder prekären Erwerbsbiografien.

Perspektivisches Ziel sozialdemokratischer Rentenpolitik ist die Weiterentwicklung unseres umlagefinanzierten Rentensystems hin zu einer Erwerbstätigenversicherung. Das bedeutet, dass alle Erwerbstätigen, neben Arbeitern und Angestellten also auch Beamte, Selbstständige und Personengruppen mit Sonderregelungen – etwa Berufspolitiker – in eine Rentenkasse einzahlen, um die Leistungsfähigkeit unserer Rentenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands zu sichern. Langfristig muss auch geprüft werden, ob weitere Einkommensarten, neben Erwerbseinkommen also etwa auch Kapitalerträge oder Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, zur Finanzierung dieser solidarischen Erwerbstätigenversicherung herangezogen werden.

Begründung:

Bei ihrem ordentlichen Landesparteitag am 26. September 2016 in Bochum hat die NRWSPD einen umfassenden Antrag der Arbeitsgemeinschaft 60+ zum Thema Rentenpolitik (Nr. S3 im Beschlussbuch) beschlossen. Dieser positioniert die NRWSPD in den drei oben genannten Punkten (Bedeutung der gesetzlichen Rente, Ergänzende Rentenversicherungen, Erwerbstätigenversicherung) klar in der Hinsicht, dass die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente die zentrale Aufgabe der Lebensstandardsicherung erfüllen muss, ergänzende betriebliche oder private Vorsorgeprodukte genau das sind – eine

Bürgerbüro der SPD Wetter (Ruhr):

Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)
geöffnet werktags 9 -16 Uhr
02335 / 522 -0 (Fon) -1 (Fax)
www.spd-wetter.de | facebook.com/spd-wetter

Vorsitzender:

Dr. Peter-Christian Zinn
Pastoratweg 19
58300 Wetter (Ruhr)
0172 / 4274693
peter.zinn@spd-wetter.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stadtverband Wetter (Ruhr)



Ergänzung, und dass eine zukunftsfeste und generationengerechte Rente nur durch die perspektivische Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung zu leisten ist.

In den vergangenen Jahren konnten bereits Verbesserungen für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland erzielt werden, etwa durch die „Rente mit 63“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über 45 Beitragsjahre verfügen. Für Rentnerinnen und Rentner, die etwa auf eine gebrochene Erwerbsbiografie zurückblicken oder auch längere Erwerbspausen aufgrund von Krankheit oder Kindererziehung eingegangen sind, muss jedoch mehr getan werden, um auch ihnen einen würdigen Ruhestand zu ermöglichen. Ebenso ist, in einer Großen Koalition allerdings auch nicht weiter verwunderlich, die Konzeptionierung einer Erwerbstätigenversicherung kein Thema in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gewesen.

„Das ideologisierte »Drei-Säulen-Konstrukt« aus relativ sinkender gesetzlicher Rente, vermehrter privater Vorsorge sowie betrieblicher Altersversorgung erfüllt den erwarteten sozialpolitischen Anspruch nicht“, lautet eine der beschlossenen Feststellungen des Antrags vom 26. September 2016. Daraus müssen nun die Konsequenzen gezogen, also die gesetzliche Rente konsequent gestärkt und weiterentwickelt werden. Nur so wird die SPD ihrem Anspruch, Schutzmacht der kleinen Leute zu sein, in Bezug auf die Altersvorsorge gerecht.

Bürgerbüro der SPD Wetter (Ruhr):

Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)
geöffnet werktags 9 -16 Uhr
02335 / 522 -0 (Fon) -1 (Fax)
www.spd-wetter.de | facebook.com/spd-wetter

Vorsitzender:

Dr. Peter-Christian Zinn
Pastoratweg 19
58300 Wetter (Ruhr)
0172 / 4274693
peter.zinn@spd-wetter.de